

«Der Bund», 12.1.2018

## Typografische Tricks bedrohen die Sprache

Es muss eine furchtbare Bedrohung sein: «Die Vervielfachung der orthografischen und syntaktischen Markierungen, die sie mit sich bringt, führt zu zergliederter Sprache mit zusammengewürfelter Ausdrucksweise und bewirkt eine Verwirrung, die an Unlesbarkeit grenzt.» Mehr noch, «angesichts dieser ... Abwegigkeit schwebt die ... Sprache fortan in Lebensgefahr, wofür unsere Nation ab heute den künftigen Generationen Rechenschaft schuldet». Auch wer noch nicht erraten hat, um welche Sprache es geht, merkt, dass sie eine Nation prägt, mit der kaum die Schweiz gemeint ist.

Diese Sprache gehört freilich auch zu unserem Land, und sie ist mit der «Abwegigkeit» hier nicht allein, sondern sogar eher im Rückstand. Es geht ums Französische, und den zitierten [«Alarmruf»](#) hat seine höchste Instanz, die Académie française, im vergangenen Oktober einstimmig erhoben. Und die «Abwegigkeit» (aberration) ist «eine «écriture inclusive», die den Anspruch erhebt, sich als Norm aufzudrängen». Im Deutschen ist sie mit diesem Anspruch schon weiter fortgeschritten, denn es handelt sich um die «geschlechtergerechte Schreibweise», auch etwa «gegenderte» genannt – vom englischen «gender» für soziales oder auch grammatisches, nicht aber biologisches Geschlecht.

Im weiten Feld der «geschlechtergerechten Sprache» ist die Schreibweise nur eine Facette. Französischen Amtsstellen hat der Premierminister kurz nach dem Alarmruf der Akademie Formen wie «tou·te·s» für «alle» verboten. Der hier verwendete Mediopunkt (·) ist im Deutschen ein Kennzeichen der Leichten Sprache und soll Leuten mit Leseschwäche das Verstehen von Wort-Verbindungen erleichtern; als Mittel zum Gendern ist er mir erst selten begegnet. Genderbewusste SchreiberInnen, Korrektor\_innen oder Leser\*innen bevorzugen die soeben gezeigten Schreibweisen. Diese sollen nicht nur Männer und Frauen, sondern oft auch geschlechtlich anders oder gar nicht Zuordnungswillige einschliessen, also «inkludieren». Die korrekte Aussprache der Zeichen wäre erst noch zu erfinden.

Auch in Österreich hat, wie die [«Wiener Sprachblätter»](#) berichten, eine Amtsstelle solche Schreibweisen abgelehnt: Die Volksanwaltschaft, eine Art Ombudsstelle, hat einer Beanstandung recht gegeben. Es ging um «die Verwendung des Binnen-I und ähnlicher Formen als Beurteilungskriterium an Schulen und Pädagogischen Hochschulen, weil sie in den Rechtschreiberegeln nicht vorgesehen sind. Vollständige Paarformen sind selbstverständlich zulässig.» Aber selbst diese Ausdrucksweise (und andere sprachlich ebenso wie gendermässig korrekte Formen) lückenlos und zwingend vorzuschreiben, widerspricht laut der hohen Amtsstelle dem «Recht jedes Bürgers, sich gemäss (Bundesverfassung) der deutschen Amtssprache zu bedienen».

In der deutschen Sprache wird oft das «generische Maskulinum» verwendet, bei dem das grammatische Geschlecht nicht jenes der genannten Personen bedeutet, sondern alle umfasst. Bei der Feststellung, die Schweiz zähle gut acht Millionen Einwohner, wird kaum jemand auf die Idee kommen, man habe nur (eindeutig) männliche gezählt. Dennoch finden Sprachfeministen jeglichen Geschlechts, zwecks «Sichtbarmachung» müssten auch die Einwohnerinnen genannt oder mit typografischen Mitteln einbezogen werden – und zusätzlich jene, die sich sonst immer noch nicht mitgemeint fühlen oder fühlen wollen.

So kommt man rasch zur Unlesbarkeit. Mit Doppelnennungen, wo sie im Zusammenhang sinnvoll sind, oder mit neutralen Wendungen, wo sie zwanglos möglich sind, lässt sich die beklagte Dominanz männlicher Formen weitgehend vermeiden. Dass diese aber gar nie generisch, also für alle stehen dürfen, ist eine sprachfremde Forderung. Je konsequenter indessen «geschlechtergerechte» Formen verwendet werden, desto mehr könnte sich die Ansicht durchsetzen, wo das Maskulinum stehe, kämen immer nur Männer vor. Dann hätten die «Aktivist\*innen» den Zustand herbeigeführt, den sie beklagen und bekämpfen.

© Daniel Goldstein ([sprachlust.ch](http://sprachlust.ch))